



„Die Aufklärung steht erst ganz am Anfang“

Der Ältestenrat hat sich wiederholt in Sondersitzungen mit der Aufklärung des Aktenskandals im Landtag befasst. Nach der Sitzung von Rot-Rot-Grün beantragten Sitzung am 22. März hatten die Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow (LINKE) und Matthias Hey (SPD) sowie die Parlamentarische Geschäftsführerin der GRÜNEN, Astrid Rothe-Beinlich, empört auf CDU-Landtagspräsident Christian Carius reagiert und weitere Aufklärung verlangt.

„Wir sind überrascht, über die Schärfe, die uns entgegenschlug. Wenn die Landtagsverwaltung wirklich vorhatte, mit einer kurzen Sitzung vor Beginn dieses Plenums alle Unstimmigkeiten auszuräumen, ist das aberwitzig. Denn die Vorwürfe, die hier im Raum stehen und von Mike Mohring vertieft wurden, wiegen schwer. So etwas lässt sich nicht in einer Sitzung ausräumen. Aufgrund der heute von uns eingesehenen Vorlagen hat sich der Aufklärungsbedarf nicht gemindert – ganz im Gegenteil. Die Aufklärung des Aktens-Kandals steht erst ganz am Anfang. Für uns bleibt der Eindruck bestehen, dass durch die massive Veränderung des Rechtsgutachtens durch die Verwaltungsspitze Argumente fehlen, die im Klageverfahren eine wichtige Rolle spielen. Das macht uns natürlich misstrauisch.“

Landtagspräsident Carius hat nicht aufgeklärt. Sein Versprechen nach vollständiger Transparenz blieb hohl. Die von der Verwaltung zusammenko-

pierten, teils sogar unleserlich kopierten Akten sind unzureichend und haben kaum Einblick in die Entscheidungsabläufe der Verwaltung gewährt. Offensichtlich spiegelt die Vorlage nicht den kompletten Vorgang wider, sondern nur einen von der Verwaltung ausgewählten Ausschnitt. Carius hatte volle Transparenz versprochen – das Versprechen ist gebrochen.

Vertrauen in Neutralität der Verwaltungsspitze beschädigt

Zur Zensur des Gutachtens kommt nun mangelhafte Aktenvorlage. Das ist offenbar die parteipolitische Normalität in der Spitze der Verwaltung, die Carius und CDU-Chef Mohring so lobten. Der Landtagspräsident konnte weder die Unklarheiten beseitigen noch vermochte er davon zu überzeugen, dass die Zensur des Gutachtens fachlich begründet wäre. Nach der Sondersitzung ist klar, dass die Spitze der

Landtagsverwaltung nicht offen agiert. Die Kürzungen im Gutachten durch Landtagsdirektorin Eberbach-Born und abgesegnet durch Carius sollen die Position der CDU in ihrer Klage vor dem Verfassungsgericht stärken und politische Entscheidungen der Regierungskoalition sabotieren.“

Auch in der zweiten Sondersitzung konnte das zerstörte Vertrauen nicht gekittet werden. „Vielmehr zeigt sich immer mehr Aufklärungs- und Handlungsbedarf“, resümiert Susanne Hennig-Wellsow. Mittlerweile verlangen beide Vizepräsidenten, Margit Jung (DIE LINKE) und Uwe Höhn (SPD), die Versetzung der Landtagsdirektorin in den einstweiligen Ruhestand.

Hennig-Wellsow hebt hervor: „Auch Landtagspräsident Carius ist nicht aus seiner Verantwortung entlassen. Er muss beweisen, dass er zu politisch neutraler Führung in der Lage ist.“

Statements von Susanne Hennig-Wellsow (LINKE), Matthias Hey (SPD) und Astrid Rothe-Beinlich nach der Sondersitzung des Ältestenrats am 22. März im Thüringer Landtag.



AKTUELL

Gemeinsamer Beschluss gegen Russlandsanktionen

In einem gemeinsamen Beschluss sprechen sich die Fraktionen von CDU, DIE LINKE, SPD und Bündnis90/Die Grünen für ein Ende der Wirtschaftssanktionen gegen Russland aus.

In dem am 23. März vom Thüringer Landtag mehrheitlich beschlossenen Antrag heißt es u.a.: „Der Landtag bekennt sich zu dem Ziel, dass die gegenseitigen Sanktionen der Europäischen Union und der Russischen Föderation in naher Zukunft überwunden werden. Die Normalisierung der Beziehungen zu Russland ist nicht nur vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Thüringen und der Russischen Föderation, sondern auch im Hinblick auf die Krisenherde im Nahen und Mittleren Osten oder in Nordafri-

ka von besonderer Bedeutung.“ Wiederholt haben sich vor allem die Thüringer LINKE, die CDU und Ministerpräsident Bodo Ramelow im Parlament und in der Öffentlichkeit gegen die Russlandsanktionen ausgesprochen.

Bereits kurz vor seiner Wahl im November 2014 hatte Ramelow gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ die Sanktionen abgelehnt und deutlich gesagt: „Sie lösen das Problem nicht“. Auch während seiner Reise 2016 nach Moskau und Tatarstan, wo Thüringen eine Regionalpartnerschaft begründet hat, hat Bodo Ramelow klare Akzente für einen Politik der Verständigung zwischen Deutschland und Russland aufgezeigt.

In der Bundespolitik wurde durchaus wahrgenommen, dass sich Ende Februar sowohl der Thüringer Minister-

präsident als auch Oppositionsführer Mike Mohring (CDU) für ein Ende der Russlandsanktionen aussprachen.

DIE LINKE setzt auf Dialog und Austausch statt Konfrontation. Die Politik muss umsteuern, um friedliche Konfliktlösungen in Europa und in der Welt zu ermöglichen. Um eine friedliche Lösung in der Frage des Minsker Abkommens zu finden, sind die Sanktionen wirkungslos – sie schaden allein der Wirtschaft.

Für Thüringen und die ostdeutschen Länder haben die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland eine besondere Bedeutung – zahlreiche Arbeitsplätze hängen daran. Auch der weitere eskalierende Konflikt zwischen der NATO und Russland und die Verlagerung deutscher Truppen an die russische Grenze sind eine Gefahr für den Frieden.

KOMMENTIERT:

von Knut Korschewsky

Reformdiskussion

Als die PDS-Fraktion im Jahr 2006 Vorschläge für eine umfassende Reform des Thüringer Abgeordnetenrechts in den Landtag einbrachte, wurden sie von der Landtagsmehrheit abgelehnt. Nun gibt es die realistische Chance, diese Forderungen umzusetzen. Dazu gehört die Pflichtmitgliedschaft der Abgeordneten in der gesetzlichen Rentenversicherung mit eigener Beitragszahlung vom ersten Tag des Mandats an. Genauso gehört dazu die Abschaffung der steuerfreien Aufwandspauschalen. Abgeordnete sollen in Zukunft ihre mandatsbedingten Aufwendungen als Werbungskosten bei Finanzamt geltend machen – wie normale Steuerbürger auch. Wie schon im Februar im Landtag angekündigt, wird die rot-rot-grüne Koalition noch vor der Sommerpause in einer Arbeitsgruppe an die Umsetzung der Vorschläge gehen.

Der Ein-Punkt-Gesetzentwurf der AfD ist lediglich ein populistisches Plakat, noch dazu handwerklich schlecht gemacht. Das von ihr geforderte Modell der Nachversicherung lehnen wir ab. Damit würde nach Ende des Abgeordnetenmandats die ganze Nachzahlung in die Rentenversicherung sozusagen als Zusatzgeschenk an die Abgeordneten alleine aus dem Landeshaushalt gezahlt. Die LINKE fordert eine Pflichtmitgliedschaft vom ersten Tag an.

Notwendig ist eine umfassende Reform des Abgeordnetenrechts, zu der die Abschaffung der automatischen Diätenerhöhung gehört. In einem Urteil von 1998 entschied das Gericht in Weimar auf eine Klage der PDS hin, dass die damals noch viel üppigere Altersversorgung der Abgeordneten abgesenkt werden musste. Den Diätenautomatismus bewertete das Gericht als gerade noch zulässig, machte aber deutlich, dass diese Methode zur Regelung der Diäten nicht angewendet werden muss und eine Anpassung per Gesetzesberatung im Landtag für die Bürger nachvollziehbarer ist. Die Abschaffung des Diätenautomatismus ist also im Sinne demokratischer Transparenz viel besser, aber dazu muss Artikel 54 der Verfassung geändert werden und das geht nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Landtag. Die LINKE wird versuchen, in der anstehenden Reformdiskussion langjährige Vorschläge zur Änderung des Abgeordnetenrechts auch zu verwirklichen.